



## 38. Jahrestag des Verbots von Studierendenorganisationen in Pakistan

Hassaan Ahmed

**Der frühere Machthaber General Zia-ul-Haq Pakistans verbot im Februar 1984 alle studentischen Organisationen. Bis heute lähmt dieses Verbot ihre politische Arbeit ganz erheblich. Gegen das Verbot demonstrierten Studierende, Menschenrechtsaktivist:innen, Rechtsanwält:innen und Gewerkschaftsmitglieder in Lahore am Jahrestag des Verbots im Februar 2022 und forderten eine Demilitarisierung der Universitäten Pakistans.**

"Studierendenorganisationen waren die Kinderstube zukünftiger Politiker" (Qamar-zu Zaman Bhatti , Präsident der Punjab Union of Journalists (PUJ))

Am 9. Februar 1984 verhängte der damalige Militärdiktator General Zia-ul-Haq ein Verbot studentischer Organisationen in Pakistan. Seither sind 38 Jahre vergangen, ohne dass die Studierendenvereinigungen in vollem Umfang wiederhergestellt werden konnten. Zum Gedenken an dieses undemokratische Verbot versammelten sich am Jahrestag die Studierenden der großen Universitäten von Lahore am Charing Cross, direkt vor der Volkskammer des Punjab, um an das Verbot zu erinnern. Um ihre Solidarität mit den Studierenden zu bekunden, nahmen auch Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, Anwält:innen, Gewerkschafter:innen und Bürgerrechtler:innen an dem Sitzstreik teil.

"Heute ist einer der schwärzesten Tage in der Geschichte Pakistans, denn an diesem Tag vor 38 Jahren wurden pulsierende Vereinigungen der Studierenden verboten", sagte Haider Butt, ein Student aus Lahore. „Wir haben uns heute hier unter dem Banner des Progressiven Studierendenkollektivs (PSC) versammelt, um dieses Verbot zu verurteilen, und fordern die sofortige Wiederzulassung studentischer Zusammenschlüsse“, ergänzte Bhatt. "Wir veranstalten hier einige Tage lang ein Sit-in, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Während unseres Treffens werden wir Gedichte vortragen, Theaterstücke aufführen und singen", kündigte er im Gespräch mit der pakistanischen Tageszeitung Minute Mirror an.

Die Studierenden fordern die Bereitstellung von Gesundheitseinrichtungen und Ermäßigungen für öffentliche Verkehrsmittel mit Ihrem Uni-Ausweis sowie die Einrichtung von Gremien zur Bekämpfung von Belästigungen an allen

Universitäten, an denen auch Studierende beteiligt sein sollen. Zu den Forderungen gehört auch eine Aufstockung des Bildungsetats zugunsten der Studierenden.

„Das gewaltsame Verschwinden von Studierenden und Lehrkräften der Universitäten muss aufhören. Die beiden entführten Studenten Sohail Baloch und Fasih Baloch von der Balustan Universität in Quetta sollten aus dem Gefängnis freigelassen werden“, sagten Studierende.

Nach ihrer Auffassung hat der Gouverneur des Punjab versprochen, dass Studierende aus Belutschistan und den ehemaligen FATA - Gebiete unter zentralstaatlicher Verwaltung, in denen mehrheitlich andere Ethnien leben - Stipendien erhalten würden. Doch seine Zusagen seien bisher nicht eingehalten worden. Sie forderten auch die Einrichtung weiterer Universitäten, was die Regierung bereits zugesagt hätte.

Der Pädagoge und Aktivist Ammar Ali Jan forderte ebenfalls in einer Rede vor den Studierenden die Aufhebung des Verbots von Studierendenvereinigungen. "Die Universitäten sollten vollständig entmilitarisiert werden, und sämtliche Kontrollposten der paramilitärischen Rangers und des Frontier Corps in den Bildungseinrichtungen müssen sofort abgeschafft werden", sagte Jan dem Minute Mirror. Er erklärte außerdem, dass in Pakistan ständig versucht werde, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, was nicht im Interesse des Landes sei, da es undemokratisch sei. Seiner Meinung nach sind Studierendenvereinigungen Plattformen, von denen oft neue Ideen ausgehen, und dies sei der Grund, warum sie verboten worden seien.

Der Präsident der Punjab Union of Journalists (PUJ), Qamar-uz-Zaman Bhatti, bezeichnete das Verbot der Studierendenorganisationen als gezielte Verschwörung eines Militärdiktators, für die Pakistan noch immer den Preis zahle. Bhatti, der selbst Gewerkschafter und ehemaliger Studierendenführer ist, vertrat die Ansicht, dass das Verbot der Studierendenvereinigungen zu einer Führungskrise und einem Vakuum in der Politik geführt habe. "Diese Studierendenvereinigungen waren die Kinderstube zukünftiger Politiker, und Pakistan hat schon viele Politiker gesehen, die aus der studentischen Politik kamen: Der ehemalige Senatsvorsitzende Raza Rabbani, etliche Parteimitglieder der PML-N (Pakistan Muslim League-Nawaz), der Jamaat-e-Islami, der PTI (Pakistan Tehreek-i-Insaf), der PPP (Pakistan Peoples Party) sowie der ehemalige Senator Mir Hasil Bizenjo kamen alle aus der Politik von Studierenden", sagte er.

*Übersetzung: Uwe Hoering*

## Der Autor

Hassaan Ahmed ist Korrespondent bei der Tageszeitung Minute und schreibt über politische und soziale Themen.

Quelle: Minute Mirror, <https://minutemirror.com.pk/students-stage-sit-in-outside-pa-as-ban-on-student-unions-completes-38-years-26614/>

V.i.S.d.P.:

Jean Donauer  
Stiftung Asienhaus  
Hohenzollernring 52  
50672 Köln (Germany)  
[speak.up@asienhaus.de](mailto:speak.up@asienhaus.de)  
[www.asienhaus.de](http://www.asienhaus.de)

Hrsg.: Redaktionsnetzwerk Südasiens  
Das Redaktionsnetzwerk Südasiens ist  
eine Kooperation zwischen der Stiftung  
Asienhaus und dem Südasiensbüro.

SÜDASIEN

Stiftung  
**Asienhaus**